

Bürgerliches Recht

Medicus / Petersen

29. Auflage 2023

ISBN 978-3-8006-7164-9

Vahlen

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Medicus · Petersen | Bürgerliches Recht

Eine nach Anspruchsgrundlagen geordnete Darstellung
zur Examensvorbereitung


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Bürgerliches Recht

Eine nach Anspruchsgrundlagen
geordnete Darstellung
zur Examensvorbereitung

Begründet von

Dr. Dres. h. c. Dieter Medicus

weiland Professor an der Ludwig-Maximilians-Universität München

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

seit der 22. Auflage gemeinsam und seit der 24. Auflage allein fortgeführt von

Dr. Jens Petersen

Professor an der Universität Potsdam

29., neu bearbeitete Auflage 2023

Verlag Franz Vahlen

Zitiervorschlag: Medicus/Petersen BürgerlR Rn.

www.vahlen.de
beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

ISBN Print 978 3 8006 7164 9

ISBN E-Book 978 3 8006 7165 6

© 2023 Verlag Franz Vahlen GmbH
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck: Beltz Grafische Betriebe GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz: Jung Crossmedia Publishing GmbH
Gewerbestraße 17, 35633 Lahnau
Umschlaggestaltung: Martina Busch, Grafikdesign, Homburg Saar



Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort zur 29. Auflage

Auch in der vorliegenden Auflage habe ich wieder versucht, den Rat zu beherzigen, den mir Dieter Medicus vor über 15 Jahren noch während der gemeinsamen Fortführung dieses Buches gegeben hat, nämlich Hinzufügungen durch Streichungen an anderer Stelle auszugleichen, damit der Gesamtumfang sich möglichst nicht ändert. Gerade gesetzliche Neuregelungen, deren Darstellung auf den ersten Blick einigen Raum zu beanspruchen scheinen, ermöglichen nicht selten Kürzungen im Umfeld der betreffenden Passagen, weil sich vertraute Streitstände bei näherem Hinsehen erledigt haben können. Hinsichtlich der Vorschriften zu den Verträgen über digitale Produkte habe ich vor allem in den Fußnoten die Verschränkung mit den anderen prüfungsrelevanten schuldrechtlichen Regelungen und die Darstellungen in der bisherigen Ausbildungsliteratur berücksichtigt. Entsprechendes gilt für die Angleichung der Neuregelungen zum Vormundschaftsrecht. Im Hinblick auf das noch nicht in Kraft getretene, aber ab 2024 geltende MoPeG wurden schon jetzt die erforderlichen Änderungen vorgenommen.

Ich danke besonders Kristina Schimpf, ferner Dr. Roy F. Bär, Manuela Behrendt und Eva Gampe für ihre Hilfe.

Potsdam, September 2023

Jens Petersen

**beck-shop.de**
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Aus dem Vorwort zur 1. Auflage (1968)

Dieses Buch setzt ein bestimmtes Grundlagenwissen im bürgerlichen Recht voraus. Adressat ist also der Vorgerückte: Ihm soll die Möglichkeit gegeben werden, im Examen besonders häufig vorkommende Einzelfragen auf knappem Raum beieinander zu finden. Dazu war naturgemäß eine Auswahl nötig, die durch meine eigenen Vorstellungen und Erfahrungen beeinflusst worden ist. Konzentriert habe ich mich vor allem auf die Fragen, deren Lösung dem Gesetzeswortlaut nicht ohne Weiteres entnommen werden kann. Gerade deshalb aber bildet das Gesetz die unentbehrliche Basis für das Verständnis des Buches: Das sorgfältige Nachschlagen der angeführten Vorschriften kann dem Leser nicht warm genug ans Herz gelegt werden.

Meine Ziele sind Wiederholung und Vertiefung. Der Vertiefung insbesondere soll es dienen, dass der Stoff ohne Rücksicht auf die Einteilung des BGB und mit Übergriffen in das Handelsrecht dargeboten wird. Dadurch ergeben sich Parallelen und Vergleichsmöglichkeiten zwischen Institutionen, die im Gesetz und deshalb oft auch in den systematischen Vorlesungen und Lehrbüchern weit voneinander entfernt stehen.

Zur Veranschaulichung sollen die zahlreichen eingestreuten Fälle dienen, die ich möglichst der neueren Rechtsprechung entnommen habe. Aber diese Fälle sind immer nur als Beispiele zu verstehen: Mir scheint die Gefahr allzu groß, dass die oft nur dunkle Erinnerung an den irgendwo schon einmal gehörten oder gelesenen Fall den Blick auf das Gesetz verstellt. Die nicht seltene Erscheinung, dass sich die in den Klausuren erzielten Noten mit fortschreitendem Studium verschlechtern, dürfte hiermit zusammenhängen. Daher habe ich mich bemüht, auch die systematischen Zusammenhänge hervortreten zu lassen.

Bei den Zitaten aus der Rechtsprechung habe ich die Sachverhalte, die den besprochenen Entscheidungen zugrunde liegen, vielfach vereinfacht und bisweilen auch geändert. Das war nötig, um die Sachfragen klarer hervortreten zu lassen.

Dieter Medicus



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort zur 29. Auflage	V
Aus dem Vorwort zur 1. Auflage (1968)	VII
Inhaltsverzeichnis	XIII
Abkürzungsverzeichnis	XXIX
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XXXIII
Einleitung. Aufbaufragen	1
§ 1 Der Anspruchsaufbau	1
I. Die Anspruchsnorm als Ausgangspunkt	1
II. Die Reihenfolge der Prüfung von Anspruchsnormen	3
III. Die Prüfung von Einwendungen	8
§ 2 Grenzen des Anspruchsaufbaus	9
I. Andere Fallfragen	9
II. Prozessuale Vorfragen	11
1. Abschnitt. Ansprüche aus Vertrag	13
§ 3 Verpflichtende und verfügende Verträge	13
I. Unterschiede zwischen Verpflichtung und Verfügung	13
II. Verpflichtung, Verfügung und causa	18
1. Kapitel. Das Zustandekommen von Schuldverträgen	21
§ 4 Der Vertragsschluss	21
I. Zugangsprobleme	22
II. Das Schweigen nach bürgerlichem Recht	25
III. Das Schweigen im Handelsrecht	26
IV. Allgemeine Geschäftsbedingungen	29
§ 5 Die Stellvertretung	36
I. Abgrenzung der Stellvertretung	36
II. Der Offenheitsgrundsatz	39
III. Die Vertretungsmacht	42
IV. Schadensersatz bei Vertretung ohne Vertretungsmacht	53
§ 6 Willensmängel	55
I. Abgrenzungsfragen zu §§ 119–122 BGB	55
II. Nichtigkeit wegen Willensmängeln	56
III. Irrtumsfälle nach § 119 I BGB	59
IV. Irrtumsfälle nach § 119 II BGB	62
V. Irrtumfolgen	64
VI. Sonderregelungen des Irrtums	65
VII. Probleme des § 123 BGB	66
§ 7 Die Geschäftsgrundlage	70
I. Vorfragen	70
II. Abgrenzung der Geschäftsgrundlage	70
III. Die Prüfung der Geschäftsgrundlage	74
§ 8 Fragen des Minderjährigenrechts	77
I. „Lediglich rechtlicher Vorteil“	77
II. Die Einwilligung des gesetzlichen Vertreters	79
III. Außervertragliche Haftung	80
§ 9 Formfragen	83
I. Formbedürftigkeit	83
II. Mangel der durch Gesetz bestimmten Form (§ 125 S. 1 BGB)	83
III. Mangel der durch Rechtsgeschäft bestimmten Form (§ 125 S. 2 BGB)	87

§ 10 Vertragsansprüche ohne Vertrag	89
I. Erfüllungsansprüche	89
II. Ansprüche auf Schadensersatz	92
2. Kapitel. Die Wirkung von Schuldverträgen	97
§ 11 Übersicht über die Pflichten aus Schuldverträgen	97
I. Primär- und Sekundärpflichten	97
II. Haupt- und Nebenleistungspflichten	98
III. Schutzpflichten (nichtleistungsbezogene Nebenpflichten)	98
§ 12 Das Synallagma (Gegenseitiger Vertrag)	102
I. Anwendungsbereich des Synallagma	102
II. Wirkungen des Synallagma	103
§ 13 Allgemeines Leistungsstörungenrecht	116
I. Einteilung	116
II. Arten der Pflichtverletzung	118
III. Stückschuld, Gattungsschuld, Geldschuld	125
IV. Vertretenmüssen	130
V. Gefahrtragung	134
VI. Die Reihenfolge der Prüfung von Leistungsstörungen	138
§ 14 Einzelne Vertragstypen	139
I. Der Kauf	139
II. Andere Schuldverhältnisse	168
§ 15 Verbraucherschutzrecht	183
I. Ausgangspunkt	183
II. Überblick	183
III. Einzelprobleme	186
§ 16 Unentgeltliche Geschäfte	193
I. Abgrenzung Rechtsgeschäft – Gefälligkeitsverhältnis	193
II. Abgrenzung bei der Schenkung	197
III. Die Schwächen des unentgeltlichen Erwerbs	201
IV. Rechtsgrundlos = unentgeltlich?	204
V. Die Schenkung von Todes wegen	205
2. Abschnitt. Ansprüche aus Geschäftsführung ohne Auftrag	211
§ 17 Übersicht über die Geschäftsführungsverhältnisse	211
I. Arten der Geschäftsführung	211
II. Geschäftsführung für einen anderen	213
III. Die unechte Geschäftsführung ohne Auftrag	218
§ 18 Einzelheiten der Geschäftsführung ohne Auftrag	221
I. Berechtigte und unberechtigte Geschäftsführung	221
II. Rechtsfolgen der Geschäftsführung ohne Auftrag	223
III. Schema für die §§ 17 und 18	227
3. Abschnitt. Dingliche Ansprüche	229
§ 19 Übersicht über die dinglichen Ansprüche	229
I. Begriff	229
II. Überblick	229
III. Eigenarten der dinglichen Ansprüche	232
IV. Die eigene Störungsregelung für dingliche Ansprüche	236
V. Zusammenfassung zu III und IV	238
§ 20 Anwartschaften	239
I. Typische Anwartschaften	239
II. Der Schutz der Anwartschaften	241
III. Übertragung und Erwerb der Anwartschaft	247
IV. Die Abhängigkeit der Anwartschaften von ihrem schuldrechtlichen Bestandteil	250
V. Einzelfragen zur Anwartschaft bei bedingtem Rechtserwerb	251
VI. Anwartschaft und Anwartschaftsrecht	253
§ 21 Fiduziarische Sicherungsrechte	255
I. Arten der Treuhand und Gründe der Sicherungstreuhand	255
II. Komplikationen bei der fiduziarischen Sicherung	257

III. Die Erfüllung der zu sichernden Forderung	259
IV. Wirkungen des Sicherungszwecks gegenüber Dritterwerbem des Sicherungsguts	261
V. Die fiduziarische Sicherung in Zwangsvollstreckung oder Insolvenz	264
VI. Die Verarbeitungsklausel bei Eigentumsvorbehalt und Sicherungsübereignung	265
VII. Das Bestimmtheiterfordernis bei Sicherungsübereignung und Sicherungszession	267
VIII. Das Zusammentreffen von verlängertem Eigentumsvorbehalt und Sicherungszession	269
§ 22 Der Erwerb vom Nichtberechtigten kraft Rechtsscheins	273
I. Möglichkeiten des rechtsgeschäftlichen Erwerbs	273
II. Allgemeines zum redlichen Erwerb	279
III. Einzelfragen zum Grundbuch	283
IV. Einzelfragen zum Besitz	287
V. Der Erbschein	292
§ 23 Das Eigentümer-Besitzer-Verhältnis und der Erbschaftsanspruch	295
I. Zweck der Sonderregelungen	295
II. Übersicht zum Eigentümer-Besitzer-Verhältnis	296
III. Die Redlichkeit beim Besitzerwerb durch Gehilfen	297
IV. Verhältnis §§ 985 ff. BGB – Vertrag	298
V. Verhältnis §§ 987 ff. BGB – Delikt	303
VI. Verhältnis §§ 987 ff. BGB – Bereicherungsrecht	303
VII. Besonderheiten beim Erbschaftsanspruch	307
4. Abschnitt. Ansprüche aus Delikt	313
§ 24 Probleme des Deliktsrechts	313
I. Haftung aus Unrecht und Gefährdung	313
II. Haftung aus verschuldetem Unrecht	313
III. Die Ergänzung der Ansprüche auf Schadensersatz durch Unterlassungs- und Beseitigungsansprüche	324
IV. Gefährdungshaftung	326
V. Beeinflussung durch Vertragsrecht	330
§ 25 Die Verkehrspflichten	332
I. Die Funktion der Verkehrspflichten	332
II. Begründung und Umfang von Verkehrspflichten	334
III. Zusammenfassung	344
IV. Einzelheiten zur Verkehrspflicht	344
5. Abschnitt. Ansprüche aus ungerechtfertigter Bereicherung	347
§ 26 Übersicht zum Bereicherungsrecht	347
I. Funktionen der §§ 812 ff. BGB	347
II. Wandlungen in der Lehre von der ungerechtfertigten Bereicherung	348
§ 27 Die Leistungskondition	350
I. Leistungsbegriff und Wertungsfragen	350
II. Einzelne Dreipersonenverhältnisse	351
III. Gründe für die Leistungskondition	363
§ 28 Die Eingriffskondition	372
I. Begriff	372
II. Eingriffsobjekt und Eingriff	372
III. Die Parteien der Eingriffskondition	374
IV. Der Inhalt der Eingriffskondition	376
V. Leistung und Eingriff	380
6. Abschnitt. Einwendungen	385
§ 29 Übersicht	385
I. Einwendung und Einrede	385
II. Funktion einer Einteilung der Einwendungen	386
III. Einteilung von den Ansprüchen her	386
§ 30 Erfüllung und Erfüllungssurrogate	389
I. Erfüllung	389
II. Erfüllungssurrogate	391
§ 31 Der Verlust von Einwendungen	395
I. Schuldrecht und Sachenrecht	395

II. Übertragung pfandrechtsgesicherter Forderungen	396
III. Feststellungsverträge	397
IV. Fremdfinanzierte Abzahlungsgeschäfte	400
7. Abschnitt. Sonderfragen	403
§ 32 Schadensersatzpflichten aus dem Verhalten Dritter	403
I. Handlungs- und Gefährdungshaftung	403
II. Tatbestandsgruppen	403
III. Einzelfragen zu § 278 BGB	409
IV. Einzelfragen zu § 831 BGB	414
§ 33 Probleme des Schadensrechts	416
I. Aufbaufragen	416
II. Schadensbegriff und Ersatzarten	416
III. Vermögens- und Nichtvermögensschaden	419
IV. Die Tendenzen zum Ersatz von Drittschäden	427
V. Die Wirkung von Reserveursachen („hypothetische Kausalität“)	435
VI. Vorteilsausgleichung	437
VII. Vorhaltekosten	440
VIII. Mitwirkendes Verschulden des Geschädigten	441
§ 34 Verwendungen auf fremde Sachen	445
I. Terminologie	445
II. Arten der Verwendungen	446
III. Übersicht über die Rechtsfolgen aus Verwendungen	447
IV. Grundlagen für Ansprüche auf Verwendungsersatz	449
V. Insbesondere die Kondiktion von Verwendungen	451
VI. Einzelfragen zum Wegnahmerecht	456
§ 35 Der Rückgriff (Regress)	458
I. Übersicht	458
II. Einzelfragen zu § 426 BGB	461
III. Sonderfragen beim Rückgriff des Bürgen	467
IV. Der Rückgriff nach Geschäftsführungs- und Bereicherungsrecht	469
Gesetzesregister	475
Sachregister	487
Besonders wichtige Entscheidungen	503

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 29. Auflage	V
Aus dem Vorwort zur 1. Auflage (1968)	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXIX
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XXXIII
Einleitung. Aufbaufragen	1
§ 1 Der Anspruchsaufbau	1
I. Die Anspruchsnorm als Ausgangspunkt	1
1. Ziel des Anspruchsaufbaus	1
2. Das Finden der Anspruchsnorm	1
3. Mehrheit von Anspruchszielen	2
4. Die Frage nach der Rechtslage	3
II. Die Reihenfolge der Prüfung von Anspruchsnormen	3
1. Ziel der Reihenfolge	3
2. Regeln für die Reihenfolge	4
a) Vertrag	4
b) Culpa in contrahendo	4
c) Geschäftsführung ohne Auftrag	5
d) Dingliche Ansprüche	5
e) Delikt und ungerechtfertigte Bereicherung	5
3. Mehrere Normen in einer Gruppe	6
4. Probleme beim Vertragstyp	6
5. Logischer Vorrang von Tatbestandsmerkmalen	7
III. Die Prüfung von Einwendungen	8
§ 2 Grenzen des Anspruchsaufbaus	9
I. Andere Fallfragen	9
1. Fragen nach der dinglichen Rechtslage	9
2. Rechtsgestaltung und -durchsetzung	10
II. Prozessuale Vorfragen	11
1. Zulässigkeit und Begründetheit	11
2. Die unzulässige Klage	11
3. Vorrangige materiell-rechtliche Fragen	12
1. Abschnitt. Ansprüche aus Vertrag	13
§ 3 Verpflichtende und verfügende Verträge	13
I. Unterschiede zwischen Verpflichtung und Verfügung	13
1. Schuldrecht und Sachenrecht	13
2. Die materiell-rechtliche Zuständigkeit	14
3. Die Bindung	16
II. Verpflichtung, Verfügung und causa	18
1. Der Ausgangspunkt	18
2. Korrekturen	18
a) Schuldverträge ohne klagbare Erfüllungsansprüche	19
b) Abstrakte Verpflichtungen	20
c) Bloße Zweckabreden	20
1. Kapitel. Das Zustandekommen von Schuldverträgen	21
§ 4 Der Vertragsschluss	21
I. Zugangsprobleme	22
1. Zugangserfordernisse	22
2. Erklärung unter Anwesenden	23

XIII

3. Nichtverkörperte Erklärungen	23
4. Zugang und Auslegung	24
5. Zugangsverzögerung	24
II. Das Schweigen nach bürgerlichem Recht	25
1. Das Schweigen als Ablehnung	25
2. Das Schweigen als Zustimmung	25
3. Abgrenzung	26
III. Das Schweigen im Handelsrecht	26
1. Schweigen mit Erklärungswirkung	26
2. Schweigen auf ein kaufmännisches Bestätigungsschreiben	27
IV. Allgemeine Geschäftsbedingungen	29
1. Problematik und Anwendungsbereich der §§ 305 ff. BGB	29
2. Einführung in den Einzelvertrag	30
3. Inhaltskontrolle der AGB	31
4. Die beiderseitige Verwendung Allgemeiner Geschäftsbedingungen	34
5. Inhaltskontrolle notarieller Verträge	34
§ 5 Die Stellvertretung	36
I. Abgrenzung der Stellvertretung	36
1. Botenschaft	36
2. Einzelheiten zur Falschübermittlung durch Boten	36
3. Handeln unter fremdem Namen	37
4. Handeln unter falscher Namensangabe	38
5. Die Organschaft	39
II. Der Offenheitsgrundsatz	39
1. Die Regel	39
2. Abweichungen	40
a) § 1357 BGB	40
b) Geschäft für den, den es angeht	41
c) Dingliche Surrogation	42
III. Die Vertretungsmacht	42
1. Erteilung und Erlöschen der Vollmacht	43
2. Willensmängel bei der Bevollmächtigung	43
a) Die ausgeübte Innenvollmacht	43
b) Die kundgemachte Innenvollmacht	44
3. Vollmacht, Rechtsschein und Verschulden	45
a) Gleichsetzung von Duldungs- und Anscheinsvollmacht	45
b) Unterscheidung	45
c) Zusammenfassung	46
4. Handelsrechtlicher Verkehrsschutz	47
a) Scheinkaufmann	47
b) Negative Publizität des Handelsregisters	47
c) Ergänzendes Gewohnheitsrecht	49
d) Positive Publizität des Handelsregisters	49
e) Unterschiede zwischen Eintragung und Bekanntmachung	49
f) Die Vertretungsmacht von Ladenangestellten	49
g) Abgrenzung	50
5. § 181 BGB und Missbrauch der Vertretungsmacht	50
a) Insichgeschäfte	50
b) Missbrauch der Vertretungsmacht	51
c) Unbeschränkbare Vertretungsmacht	52
IV. Schadensersatz bei Vertretung ohne Vertretungsmacht	53
1. Ansprüche gegen den Vertreter	53
2. Ansprüche gegen den Vertretenen	53
3. Haftung bei der Untervollmacht	54
§ 6 Willensmängel	55
I. Abgrenzungsfragen zu §§ 119–122 BGB	55
1. Primat der Auslegung	55
2. Falsa demonstratio	55
3. Dissens	56

II. Nichtigkeit wegen Willensmängeln	56
1. Scheingeschäft und fiduziarisches Geschäft	56
2. Strohmannesgeschäfte	57
3. Mindestanforderungen an die Willensgrundlage	57
a) Handlungswille	57
b) Erklärungswille und Erklärungsbewusstsein	58
c) Geschäftswille?	59
III. Irrtumsfälle nach § 119 I BGB	59
1. Die gesetzliche Regelung	59
2. Weitere Fallgruppen	59
a) Rechtsfolgeirrtum	60
b) Kalkulationsirrtum	61
IV. Irrtumsfälle nach § 119 II BGB	62
1. Einzelheiten	62
2. Ausschluss von § 119 II BGB	63
V. Irrtumsfolgen	64
VI. Sonderregelungen des Irrtums	65
1. §§ 2078ff., 2281ff. BGB	65
2. § 1949 BGB	65
3. §§ 1954, 2308 BGB	66
VII. Probleme des § 123 BGB	66
1. „Dritter“ bei § 123 BGB	66
2. Verhältnis von § 123 BGB und culpa in contrahendo	67
§ 7 Die Geschäftsgrundlage	70
I. Vorfragen	70
II. Abgrenzung der Geschäftsgrundlage	70
1. Vorrangige Sonderregeln	70
2. Vorrang der Auslegung	70
3. Perplexität	71
4. Abgrenzung zur Unmöglichkeit	71
a) Leistungerschwerung	71
b) Zweckstörung	72
c) Äquivalenzstörung	73
5. Motivirrtum	73
6. Kondition wegen Zweckverfehlung	74
III. Die Prüfung der Geschäftsgrundlage	74
1. Was ist Geschäftsgrundlage?	74
a) Elemente der Geschäftsgrundlage	74
b) Regelmäßig unbeachtliche Umstände	75
2. Wann fehlt die Geschäftsgrundlage oder ist sie weggefallen?	75
3. Rechtsfolgen aus Fehlen und Wegfall der Geschäftsgrundlage	76
§ 8 Fragen des Minderjährigenrechts	77
I. „Lediglich rechtlicher Vorteil“	77
1. Leistungen an den Minderjährigen	77
2. Annahme von Schenkungen	78
II. Die Einwilligung des gesetzlichen Vertreters	79
1. Arten der Einwilligung	79
2. Geschäfte über das Surrogat	80
III. Außervertragliche Haftung	80
1. Bereicherungshaftung	81
2. Haftung für culpa in contrahendo	82
§ 9 Formfragen	83
I. Formbedürftigkeit	83
II. Mangel der durch Gesetz bestimmten Form (§ 125 S. 1 BGB)	83
1. Bewusste Nichtbeachtung der Form	84
2. Täuschung über die Formbedürftigkeit	84
3. Versehentliche Nichtbeachtung der Form	85
4. Formmangelhafte Verfügungen	86
5. Formbedürftigkeit bei der Vollmachtserteilung	86

III. Mangel der durch Rechtsgeschäft bestimmten Form (§ 125 S. 2 BGB)	87
1. Vorkommen von Formvereinbarungen	87
2. Unterschiede zum Mangel der gesetzlichen Form	87
3. Vorbehalt schriftlicher Bestätigung und Vertretungsmacht	88
§ 10 Vertragsansprüche ohne Vertrag	89
I. Erfüllungsansprüche	89
1. Sozialtypisches Verhalten	89
a) Bedenken	89
b) Andere Lösungsmöglichkeiten	90
c) Fortleben der Lehre vom sozialtypischen Verhalten in der Rechtsprechung	90
2. Ausgeführte Eingliederungsverhältnisse auf mangelhafter Vertragsgrundlage	91
a) Verdrängung der Unwirksamkeitsnorm	91
b) Einschränkungen	91
c) Zusammenfassung	92
II. Ansprüche auf Schadensersatz	92
1. Culpa in contrahendo	93
2. Haftung Dritter	94
a) Vertreter bei Vertragsverhandlungen	94
b) Erweiterungen	94
3. Schlechtleistung ohne Vertrag	95
4. Drittschutz aus unwirksamem Vertrag	96
5. Einheitliches gesetzliches Schuldverhältnis	96
2. Kapitel. Die Wirkung von Schuldverträgen	97
§ 11 Übersicht über die Pflichten aus Schuldverträgen	97
I. Primär- und Sekundärpflichten	97
II. Haupt- und Nebenleistungspflichten	98
III. Schutzpflichten (nichtleistungsbezogene Nebenpflichten)	98
1. Überblick und Einteilung	98
2. Haftungsmilderungen	99
3. Verjährung	100
§ 12 Das Synallagma (Gegenseitiger Vertrag)	102
I. Anwendungsbereich des Synallagma	102
II. Wirkungen des Synallagma	103
1. Genetisches Synallagma	103
2. Funktionelles Synallagma	103
a) Abhängigkeit bei der Durchsetzung	103
b) Einrede und Schuldnerverzug	104
c) Besonderheiten	104
d) Abhängigkeit beim Fortbestehen	106
3. Das Synallagma bei der Rückabwicklung	107
a) Rücktritt	107
b) Bereicherungsrecht (Saldotheorie)	107
aa) Saldierung gleichartiger Leistungen	107
bb) Saldierung bei Bereicherungswegfall	108
cc) Einseitig ausgeführte Verträge	108
dd) Bedenken gegen die Saldotheorie	109
c) Rücktrittsrechtliche Wertungen und Saldotheorie	109
d) Saldotheorie und Normzweck	112
e) Rücktrittsfolgenrecht und Bereicherungsrecht	113
§ 13 Allgemeines Leistungsstörungenrecht	116
I. Einteilung	116
1. Pflichtverletzung und Rechtsfolgen	116
2. Insbesondere der Schadensersatz	116
II. Arten der Pflichtverletzung	118
1. Nichterbringung der Leistung	118
2. Leistungsverzögerung	122
3. Andere Pflichtverletzungen	124
III. Stückschuld, Gattungsschuld, Geldschuld	125

1. Geldschuld	125
a) Schuldnerverzug	125
b) Ausnahme: Entlastung bei Unvermögen	125
2. Gattungsschuld vor der Konkretisierung	126
a) Objektive Unmöglichkeit	126
b) Andere Leistungsstörungen	127
3. Konkretisierung der Gattungsschuld	127
a) Bring-, Schick- und Holschuld	128
b) Konkretisierung bei der Geldschuld	128
c) Konkretisierung beim Kauf	128
d) Konkretisierung und Annahmeverzug	129
e) Bindung an die Konkretisierung	130
4. Stückschuld	130
IV. Vertretenmüssen	130
1. Vertretenmüssen des Schuldners	131
a) Geldmangel	131
b) Übernahme des Beschaffungsrisikos bei der Gattungsschuld	131
c) Bezugspunkt des Vertretenmüssens	132
2. Die Verantwortung des Gläubigers	132
3. Vertretenmüssen von Schuldner und Gläubiger	133
V. Gefahrtragung	134
1. Arten der Gefahr	134
2. Bedeutung der Preisgefahr	135
3. Übergang der Preisgefahr	135
a) Annahmeverzug	135
b) Kaufrecht	135
c) Werkvertrag und Dienstvertrag	137
VI. Die Reihenfolge der Prüfung von Leistungsstörungen	138
§ 14 Einzelne Vertragstypen	139
I. Der Kauf	139
1. Rückbindung der Käuferrechte an das Allgemeine Schuldrecht	139
2. Gleichstellung von Sach- und Rechtsmängelhaftung	141
3. Sachmangel	142
4. Nacherfüllungsanspruch des Käufers	146
5. Rücktritt	151
6. Schadensersatzansprüche des Käufers	153
7. Arglist des Verkäufers	155
8. Verjährung	158
9. Verjährung und Ersatzansprüche aus anderem Rechtsgrund	159
10. Ansprüche des Verkäufers	160
a) Sonderregeln	161
b) Freiwilliger Besitzverlust des Käufers	161
c) Vollstreckung des Verkäufers in die Kaufsache	161
11. Verbrauchsgüterkauf	162
12. Regress in der Lieferkette	165
13. Handelskauf	167
II. Andere Schuldverhältnisse	168
1. Werkvertrag	168
a) Erfolgsbezogenheit und „funktionaler“ Mangelbegriff	169
b) Abnahmepflicht des Bestellers	170
c) Selbstvornahme der Nacherfüllung	171
d) Schadensersatz	171
e) Verjährung	173
2. Reisevertrag	173
3. Dienstvertrag	174
4. Miete	174
5. Leasing	180

§ 15 Verbraucherschutzrecht	183
I. Ausgangspunkt	183
II. Überblick	183
1. Grundbegriffe	183
2. Unbestellt erbrachte Leistungen	185
3. Einzelne Tatbestände	185
III. Einzelprobleme	186
1. Überrumpelung	186
2. Fernabsatz	187
3. Die Stellung des Verbrauchers nach dem Widerruf	188
4. Widerruf und Vollstreckungsgegenklage	190
5. Internet-Auktionen	190
§ 16 Unentgeltliche Geschäfte	193
I. Abgrenzung Rechtsgeschäft – Gefälligkeitsverhältnis	193
1. Die Fragestellung	193
a) Rechtsbindungswille	194
b) Gefälligkeitsverhältnis mit rechtsgeschäftlichem Charakter	194
2. Teilfragen	195
a) Haftungsmaßstab	195
b) Ausführungsanspruch	196
c) Haftung bei Ausführung	196
3. Der Lottofall	197
4. Der Pillenfall	197
II. Abgrenzung bei der Schenkung	197
1. Die Vermögenszuwendung bei der Schenkung	198
2. „Schenkungs“ und Gegenleistung	198
a) Gegenseitiger Vertrag	198
b) Schenkung unter Auflage	198
c) Bedingte Schenkung	199
d) Zweckschenkungen	199
e) Unerhebliche Zweckangabe	199
f) Belohnende Schenkung	199
3. Die gemischte Schenkung	200
III. Die Schwächen des unentgeltlichen Erwerbs	201
1. Unentgeltliche Verfügung eines Nichtberechtigten	201
2. Unentgeltliche Verfügung eines berechtigten Bereicherungsschuldners	201
3. Unentgeltlich erlangter Besitz	202
4. Bösliche Schenkungen des gebundenen Erblassers oder des Ehegatten	203
5. Schenkungen mit Nachteil für einen Pflichtteilsberechtigten	204
6. Dinglich unwirksame Schenkung	204
IV. Rechtsgrundlos = unentgeltlich?	204
1. Das Problem	204
2. Die Gleichstellung bei § 816 I 2 BGB	204
V. Die Schenkung von Todes wegen	205
1. Funktion des § 2301 BGB	205
2. Schenkungen durch Vertrag mit einem Dritten	207
a) Vorrang des Erbrechts?	207
b) Verdrängung des Erbrechts durch § 331 BGB?	208
c) Lösungsvorschlag	208
d) Einschränkung der Rechtsprechung	209
3. Auftrag und Vollmacht über den Tod hinaus	209
2. Abschnitt. Ansprüche aus Geschäftsführung ohne Auftrag	211
§ 17 Übersicht über die Geschäftsführungsverhältnisse	211
I. Arten der Geschäftsführung	211
1. Spezialregelungen	211
2. Geschäftsführung ohne Auftrag	211
3. „Unechte“ Geschäftsführung ohne Auftrag	212
II. Geschäftsführung für einen anderen	213

1. Die Zuordnung von Geschäften	213
2. Bedeutung der Zuordnung	213
3. Zuordnungsprobleme	214
a) Die Rechtsprechung	214
b) Bedenken	215
c) Zurückhaltendere Entscheidungen	216
4. Besondere Fallgruppen	217
a) Erfüllung eines Vertrages mit einem Dritten	217
b) Leistungen eines Gesamtschuldners	217
III. Die unechte Geschäftsführung ohne Auftrag	218
1. Irrtümliche Annahme eines eigenen Geschäfts	218
2. Geschäftsanmaßung	218
a) Ansprüche des Geschäftsherrn	219
b) Gegenansprüche des Geschäftsführers	219
§ 18 Einzelheiten der Geschäftsführung ohne Auftrag	221
I. Berechtigte und unberechtigte Geschäftsführung	221
1. Die GoA als Anspruchsgrundlage	221
2. Unterscheidungskriterien	221
a) Interesse und Wille	221
b) Wirklicher und mutmaßlicher Wille	222
c) Der falsch eingeschätzte Wille	222
d) Zusammenfassung	223
II. Rechtsfolgen der Geschäftsführung ohne Auftrag	223
1. Berechtigte GoA	223
a) Ansprüche des Geschäftsherrn	223
b) Ansprüche des Geschäftsführers	224
2. Unberechtigte GoA	225
a) Ansprüche des Geschäftsherrn	225
b) Ansprüche des Geschäftsführers	226
III. Schema für die §§ 17 und 18	227
3. Abschnitt. Dingliche Ansprüche	229
§ 19 Übersicht über die dinglichen Ansprüche	229
I. Begriff	229
II. Überblick	229
1. Ansprüche auf Herausgabe	230
2. Ansprüche auf Beseitigung und Unterlassung	231
3. Ansprüche auf Befriedigung aus einem Gegenstand	232
4. Weitere dingliche Ansprüche	232
III. Eigenarten der dinglichen Ansprüche	232
1. Fehlen der selbstständigen Abtretbarkeit	232
2. Die Anwendbarkeit weiterer Schuldrechtsnormen	234
a) Hauptnormen des Unmöglichkeitrechts	234
b) Andere Unmöglichkeitsvorschriften	235
c) Schuldnerverzug	236
IV. Die eigene Störungsregelung für dingliche Ansprüche	236
1. Das Eigentümer-Besitzer-Verhältnis bei § 985 BGB	236
2. Weitere gesetzliche Regeln	237
3. Entsprechende Anwendung der §§ 987 ff. BGB bei §§ 894, 1004 BGB	237
V. Zusammenfassung zu III und IV	238
§ 20 Anwartschaften	239
I. Typische Anwartschaften	239
1. Bedingter Erwerb	240
2. Grundstückserwerb vor Eintragung	240
3. Hypothekenerwerb vor Valutierung	240
II. Der Schutz der Anwartschaften	241
1. Der bedingte Rechtserwerb	241
a) Unwirksamkeit von Zwischenverfügungen	241
b) Recht zum Besitz des Erwerbers	242

c) Vereitelung des Bedingungseintritts	242
d) Erweiterungen des gesetzlichen Schutzes	242
e) Schutz gegen Gläubiger des Verkäufers	243
2. Der Auflassungsempfänger vor Eintragung	243
a) Schutz gegen Widerruf	244
b) Schutz gegen Verfügungsbeschränkungen	244
c) Schutz gegen Zwischenverfügungen	244
3. Der Hypothekar vor Valutierung	246
a) Buchhypothek	246
b) Briefhypothek	246
III. Übertragung und Erwerb der Anwartschaft	247
1. Bei bedingtem Rechtserwerb	247
a) Erwerb vom Berechtigten	247
b) Redlicher Erwerb vom Nichtberechtigten	247
2. Anwartschaften im Immobiliarsachenrecht	249
a) Auflassungsempfänger	249
b) Hypothekar vor Valutierung	249
IV. Die Abhängigkeit der Anwartschaften von ihrem schuldrechtlichen Bestandteil	250
1. Bei bedingtem Rechtserwerb	250
2. Bei Anwartschaften im Immobiliarsachenrecht	250
V. Einzelfragen zur Anwartschaft bei bedingtem Rechtserwerb	251
1. Die Anwartschaft im Haftungsverband	251
2. Die Pfändung der Anwartschaft an beweglichen Sachen	253
VI. Anwartschaft und Anwartschaftsrecht	253
§ 21 Fiduziarische Sicherungsrechte	255
I. Arten der Treuhand und Gründe der Sicherungstreuhand	255
1. Arten der Treuhand	255
a) Verwaltungstreuhand	255
b) Sicherungstreuhand	255
aa) Eigentumsvorbehalt	255
bb) Sicherungsübereignung	255
cc) Sicherungszession	256
dd) Sicherungsgrundschuld	256
2. Sicherungstreuhand und zwingendes Sachenrecht	257
II. Komplikationen bei der fiduziarischen Sicherung	257
1. Unwirksamkeit des Sicherungsvertrages	257
2. Ausbleiben der Valutierung	258
3. Zusammenfassung	259
III. Die Erfüllung der zu sichernden Forderung	259
1. Sicherungsübereignung und Sicherungszession	259
2. Sicherungsgrundschuld	260
IV. Wirkungen des Sicherungszwecks gegenüber Dritterwerbem des Sicherungsguts	261
1. Regel: keine Drittwirkung	261
2. Drittwirkung in Ausnahmefällen	261
a) Eigentumsvorbehalt	261
b) Sicherungsübereignung	261
c) Sicherungszession	262
d) Sicherungsgrundschuld	262
3. Veräußerung des mit einer Sicherungsgrundschuld belasteten Grundstücks	263
V. Die fiduziarische Sicherung in Zwangsvollstreckung oder Insolvenz	264
1. Eigentumsvorbehalt	264
2. Andere Sicherungsrechte	264
VI. Die Verarbeitungsklausel bei Eigentumsvorbehalt und Sicherungsübereignung	265
1. Fremdwirksame Verarbeitung	265
2. Andere Ansichten	265
3. Lösungsvorschlag	266
4. Zum Wertverhältnis bei § 950 BGB	267
VII. Das Bestimmtheitserfordernis bei Sicherungsübereignung und Sicherungszession	267

VIII. Das Zusammentreffen von verlängertem Eigentumsvorbehalt und Sicherungszession . . .	269
1. Der Vorrang des Eigentumsvorbehalts	269
2. Gegenargumente	270
3. Zahlung auf das Verkäuferkonto beim Globalzessionar	271
4. Entreichung des Globalzessionars	271
§ 22 Der Erwerb vom Nichtberechtigten kraft Rechtsscheins	273
I. Möglichkeiten des rechtsgeschäftlichen Erwerbs	273
1. Übersicht	273
a) Veräußerer mit Verfügungsbefugnis	273
aa) Der verlängerte Eigentumsvorbehalt	273
bb) Verfügungsermächtigung und bedingte Weiterveräußerung	274
cc) Widerruflichkeit der Verfügungsermächtigung	275
b) Veräußerer ohne Verfügungsbefugnis	276
aa) Nichtberechtigter Veräußerer	276
bb) Berechtigter Veräußerer ohne Verfügungsbefugnis	276
2. Sonderfälle: Wirksamkeit wegen der Nichtberechtigung?	278
a) Minderjährigkeit des Veräußerers	278
b) § 1369 BGB	278
c) Lösungsvorschlag	278
II. Allgemeines zum redlichen Erwerb	279
1. Die Vermutung aus dem Rechtsscheinträger	279
2. Vermutungen bei der Behandlung von Fällen	281
3. Allgemeine Voraussetzungen des redlichen Erwerbs	281
a) Rechtsgeschäftlicher Erwerb	281
b) Verkehrsgeschäft	282
III. Einzelfragen zum Grundbuch	283
1. Widerspruch für einen Nichtberechtigten	283
2. Der Widerspruch bei Veräußerungsketten	283
3. Vormerkung und Widerspruch beim redlichen Erwerb	284
4. Wiederaufladung und spätere Entstehung	285
5. Redlicher Vormerkungserwerb durch den Zessionar	286
IV. Einzelfragen zum Besitz	287
1. Der Nebenbesitz	287
a) Der Ausgangspunkt der Lehre	287
b) Der Fräsmaschinenfall von BGHZ 50, 45	288
c) Nebenbesitz beim Anwartschaftsrecht?	289
2. Der Geheißerwerb	289
a) Die Übergabe durch einen Dritten auf Geheiß des Veräußerers	290
b) Die Übergabe an einen Dritten auf Geheiß des Erwerbers	291
3. Veräußerung unter Zustimmung des dritten Besitzers	291
4. Guter Glaube an die Verfügungsmacht	291
V. Der Erbschein	292
1. Das Prinzip	292
2. Fallgruppen	293
a) Mobilsachenrecht	293
b) Immobiliarsachenrecht	293
c) Forderungserwerb	294
d) Leistung auf eine Nachlassforderung	294
§ 23 Das Eigentümer-Besitzer-Verhältnis und der Erbschaftsanspruch	295
I. Zweck der Sonderregelungen	295
II. Übersicht zum Eigentümer-Besitzer-Verhältnis	296
1. Unverklagter redlicher Besitzer	296
2. Verklagter oder unredlicher Besitzer	297
III. Die Redlichkeit beim Besitzerwerb durch Gehilfen	297
IV. Verhältnis §§ 985ff. BGB – Vertrag	298
1. Berechtigter und nicht so berechtigter Besitzer	298
2. Nicht berechtigter Besitzer	299
a) Haftungsmilderung	299

b) Haftungsverschärfung nach § 991 II BGB	299
c) Anderer Fremdbesitzerezzess	300
3. Der nicht mehr berechnigte Besitzer	300
a) Anwendung der §§ 994ff. BGB	300
b) Gutgläubig erworbenes Unternehmerpfandrecht	301
c) Bedenken	301
d) Lösungsvorschlag	302
V. Verhältnis §§ 987ff. BGB – Delikt	303
VI. Verhältnis §§ 987ff. BGB – Bereicherungsrecht	303
1. Sachsubstanz und Übermaßfrüchte	303
a) Sachverbrauch	303
b) Sachveräußerung	304
2. Reguläre Nutzungen	305
a) Bereicherungsansprüche bei nichtiger Veräußerung	305
b) Die Nutzungshaftung Minderjähriger	306
3. Exkurs: Der Eigentumserwerb an Sachfrüchten	307
VII. Besonderheiten beim Erbschaftsanspruch	307
1. Dingliche Surrogation	307
a) Erwerb mit Mitteln der Erbschaft	307
b) Mitverwendung von Eigenmitteln	308
c) Sachfrüchte	309
d) Exkurs: Übersicht zur erbrechtlichen Surrogation	309
2. Andere Einzelheiten des Erbschaftsanspruchs	310
a) Schadensersatz	310
b) Nutzungen	310
c) Verwendungen	310
d) Zahlung von Nachlassschulden aus Eigenmitteln	311
4. Abschnitt. Ansprüche aus Delikt	313
§ 24 Probleme des Deliktsrechts	313
I. Haftung aus Unrecht und Gefährdung	313
II. Haftung aus verschuldetem Unrecht	313
1. Handlungs- oder Erfolgsunrecht?	314
2. Sonstige Rechte bei § 823 I BGB	314
a) Besitz	314
aa) Unmittelbarer Alleinbesitz	314
bb) Besondere Besitzformen	316
cc) Konkurrenzfragen	316
b) Forderungen	316
c) Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb	317
aa) Stromkabelfälle	318
bb) Einschränkung der Bewegungsfreiheit	318
cc) Einschränkungen	320
d) Allgemeines Persönlichkeitsrecht	320
e) Ehe	321
f) Vereinsmitgliedschaft	321
3. Schutzgesetzverletzungen	321
a) Schutzgesetze	321
b) Der Schutzbereich des Gesetzes	322
4. Vorsätzliche sittenwidrige Schädigung	322
a) Vorsatz und Schaden	322
b) Vorsatz und Sittenwidrigkeit	322
c) Eingriff in fremde Schuldverhältnisse	323
d) Verhältnis von § 826 BGB zu § 138 BGB	323
III. Die Ergänzung der Ansprüche auf Schadensersatz durch Unterlassungs- und Beseitigungsansprüche	324
1. Unterlassungsansprüche	324
2. Beseitigungsansprüche	325
3. Beeinträchtigung durch verkehrsrichtiges Verhalten?	326

IV. Gefährdungshaftung	326
1. Der Haftende	326
2. Probleme der Halterhaftung	326
a) Der Betriebsbegriff	327
b) Höhere Gewalt	327
c) Einschränkung nach dem Schutzzweck?	328
d) Haftungsausschluss gegenüber Nutznießern	329
3. Konkurrenzfragen	329
4. Zivilrechtliche Aufopferungsansprüche nach § 904 BGB	330
V. Beeinflussung durch Vertragsrecht	330
1. Das Problem	330
2. Lösungsvorschlag	331
§ 25 Die Verkehrspflichten	332
I. Die Funktion der Verkehrspflichten	332
1. Die systematische Stellung	332
2. Begründungsfunktionen der Verkehrspflichten	332
3. Lösungsvorschlag	333
II. Begründung und Umfang von Verkehrspflichten	334
1. Verkehrseröffnung	334
2. Einwirkung auf einen bestehenden Verkehr	334
3. Sicherungspflichten außerhalb eines Verkehrs	335
4. Verschärfungen und Erweiterungen der verschuldensabhängigen Produzentenhaftung	337
a) Haftung für Schäden an der Kaufsache oder dem Werk selbst	337
b) Haftung für Wirkungslosigkeit	338
c) Der Kupolofenfall	338
d) Der Hondafall	339
e) Der Mehrwegflaschenfall	339
f) Der Milupafall	339
g) Das Hochzeitsessen	340
h) Der Kondensatorfall	340
i) Der Schlackenfall	341
j) Der Pflegebettenfall	341
5. Anwendung der Sicherungspflichten	341
6. Die Herausforderungsfälle	342
III. Zusammenfassung	344
IV. Einzelheiten zur Verkehrspflicht	344
1. Haftung bei Einschaltung von Gehilfen	344
2. Haftung des eingeschalteten Gehilfen	345
3. Abgrenzung zum Verschulden	345
5. Abschnitt. Ansprüche aus ungerechtfertigter Bereicherung	347
§ 26 Übersicht zum Bereicherungsrecht	347
I. Funktionen der §§ 812 ff. BGB	347
1. Bereicherungs- und Rücktrittsrecht	347
a) Der konstruktive Unterschied	347
b) Unterschiede im Haftungsmaßstab	347
2. Bereicherungsfälle ohne Ähnlichkeit zum Rücktrittsrecht	348
II. Wandlungen in der Lehre von der ungerechtfertigten Bereicherung	348
1. Die alte Einheitslehre	348
2. Die neuere Trennungslehre	348
3. Folgerung für die Darstellung	349
§ 27 Die Leistungskondition	350
I. Leistungsbegriff und Wertungsfragen	350
1. Das Abstellen auf den Leistungsbegriff	350
2. Der Rückgriff auf Wertungen	350
II. Einzelne Dreipersonenverhältnisse	351
1. Die Leistungskette	351
a) Nichtigkeit eines Kausalverhältnisses	351
b) Doppelmangel	351

2. Die „Durchlieferung“	352
a) Der Lösungsansatz	352
b) Die Kumulation von Risiken	352
3. Anweisungsverhältnisse	353
a) Die Bedeutungen von „Anweisung“	353
b) Lösung der Normalfälle	353
c) Insbesondere die fehlerhafte Anweisung	353
d) Die angenommene Anweisung	357
4. Versprechen der Leistung an Dritte	357
5. Leistung auf fremde Schuld	358
6. Zession	360
7. Die Brauchbarkeit des Leistungsbegriffs	361
8. Irrtum über den Leistenden	361
a) Der Wille des Leistenden	362
b) Die Sicht des Zuwendungsempfängers	362
c) Lösungsvorschlag	362
III. Gründe für die Leistungskondition	363
1. <i>Condictio indebiti</i>	363
2. <i>Condictio ob causam finitam</i>	364
3. Exkurs: Ausgleichsansprüche bei gemeinsamer Lebensführung	364
a) Fälle mit Zugewinnausgleich	364
b) Fälle ohne Zugewinnausgleich	365
c) Zuwendungen durch Dritte	366
4. <i>Condictio ob rem</i>	366
a) Leistung ohne Verpflichtung	367
b) Leistung zu einem Erfolg jenseits der Erfüllung	367
c) Insbesondere die enttäuschte Vergütungserwartung	367
d) Übertreibungen	367
5. <i>Condictio ob turpem vel iniustam causam</i>	368
6. <i>Condictio sine causa</i>	371
§ 28 Die Eingriffskondition	372
I. Begriff	372
II. Eingriffsobjekt und Eingriff	372
1. Kriterien	372
2. Die sachlichen Unterschiede	372
3. Lösungsvorschlag	373
III. Die Parteien der Eingriffskondition	374
1. Der Gläubiger	374
2. Der Schuldner	375
a) Die unberechtigte Verfügung	375
b) Unberechtigte Nutzungsüberlassung	375
c) Unberechtigter Sachverbrauch	376
IV. Der Inhalt der Eingriffskondition	376
1. Die allgemeine Eingriffskondition	376
2. Der Spezialfall § 816 I 1 BGB	377
a) Der Verfügungserlös	377
b) Der Wert	378
c) Kritik und Lösungsvorschlag	378
d) Sachverbesserungen	379
e) Abzug des gezahlten Preises?	379
3. Zusammenfassung	380
V. Leistung und Eingriff	380
1. Vorrang nur für das durch Leistung Erlangte	380
2. Die Fälle des § 816 I BGB	381
3. Verallgemeinerung auf weitere Fallgruppen?	381
4. Den Erwerberschutz ausschließende Wertungen	382
5. Kondiktionsfestigkeit des Ersitzungserwerbs?	382

6. Abschnitt. Einwendungen	385
§ 29 Übersicht	385
I. Einwendung und Einrede	385
1. Die Einrede im Prozessrecht	385
2. Die Terminologie im materiellen Recht	385
3. Die Wirkungskdauer materiell-rechtlicher Einreden	385
II. Funktion einer Einteilung der Einwendungen	386
III. Einteilung von den Ansprüchen her	386
1. Einwendungen gegen alle Ansprüche	386
2. Einwendungen gegen fast alle Ansprüche	387
3. Einwendungen gegen Vertragsansprüche	387
4. Einwendungen gegen Schadensersatzansprüche	388
5. Einwendungen gegen einzelne Ansprüche	388
§ 30 Erfüllung und Erfüllungssurrogate	389
I. Erfüllung	389
1. Der Leistende	389
2. Der Leistungsempfänger	389
3. Das Bewirken der Leistung	390
4. Die richtige Leistung	390
II. Erfüllungssurrogate	391
1. Die Inzahlunggabe gebrauchter Sachen	391
2. Unbare Zahlung	392
3. Teilklagen und Aufrechnung	393
§ 31 Der Verlust von Einwendungen	395
I. Schuldrecht und Sachenrecht	395
II. Übertragung pfandrechtsgesicherter Forderungen	396
1. Akzessorische Pfandrechte	396
2. Die Sicherungsgrundschuld	397
III. Feststellungsverträge	397
1. Rechtliche Bindung	398
2. Folgen der Bindung	398
3. Schriftformerfordernis?	399
4. Sachenrechtliche Feststellungsverträge	399
IV. Fremdfinanzierte Abzahlungsgeschäfte	400
7. Abschnitt. Sonderfragen	403
§ 32 Schadensersatzpflichten aus dem Verhalten Dritter	403
I. Handlungs- und Gefährdungshaftung	403
II. Tatbestandsgruppen	403
1. Haftung für alle zum Ersatz verpflichtenden Handlungen	403
2. Haftung in einer Sonderverbindung	404
3. Haftung außerhalb einer Sonderverbindung	405
a) Haftung für Repräsentanten	405
b) Haftung für Verrichtungsgehilfen	405
c) Ähnliche Haftungsfälle	406
4. Mehrheit von Deliktsbeteiligten	406
5. Organhaftung bei Überschreitung der Vertretungsmacht?	408
III. Einzelfragen zu § 278 BGB	409
1. Sonderverbindung	409
a) Dingliche Ansprüche	409
b) Nachbarliches Gemeinschaftsverhältnis	409
c) Andere Fallgruppen	410
2. Einschaltung durch den Schuldner	410
3. Grenzen des § 278 BGB	411
a) Die Reichweite der Garantie des Schuldners	411
b) Der Umfang der Verpflichtung des Schuldners	412
c) Insbesondere das Herstellerverschulden beim Kauf	412
4. Der gesetzliche Vertreter	413
IV. Einzelfragen zu § 831 BGB	414

1. Die Weisungsgebundenheit	414
2. Die Exkulpation	414
3. Aufsichts- und Organisationspflichten	415
§ 33 Probleme des Schadensrechts	416
I. Aufbaufragen	416
II. Schadensbegriff und Ersatzarten	416
1. Die beiden Möglichkeiten der Schadensberechnung	416
2. Integritäts- und Wertinteresse	417
3. Prognosefehler bei § 251 II BGB	418
III. Vermögens- und Nichtvermögensschaden	419
1. Naturalrestitution	419
2. Kommerzialisierung	420
a) Entschädigung für Nutzungsentgang	420
b) Freizeit und Urlaub	424
3. Erweiterung des § 253 II BGB	425
4. Verdrängung des § 253 I BGB durch das Grundgesetz	426
5. Entgangene Gegenleistung für eine Benutzungserlaubnis	426
IV. Die Tendenzen zum Ersatz von Drittschäden	427
1. Drittschaden und mittelbarer Schaden	427
2. Sonderregelungen	428
3. Haftungsinteresse	429
4. Schadensliquidation im Drittinteresse	429
5. Verträge mit Schutzwirkung für Dritte	430
6. Abgrenzungsfragen	430
7. Einzelheiten	432
a) Drittschadensliquidation	432
b) Vertrag mit Schutzwirkung für Dritte	432
8. Ansprüche Dritter bei Nichterfüllung?	434
V. Die Wirkung von Reserveursachen („hypothetische Kausalität“)	435
1. Der Ausgangspunkt	435
2. Der Streitstand	435
3. Berufung auf rechtmäßiges Alternativverhalten	436
VI. Vorteilsausgleichung	437
1. Adäquanz?	437
2. Fallgruppen	438
a) Mangel an Kausalität zwischen Vor- und Nachteil	438
b) Vom Geschädigten „erkaufte“ Vorteile	438
c) Freiwillige Zuwendungen Dritter	438
d) Eigene überpflichtmäßige Anstrengungen des Geschädigten	439
3. Der ausgleichsbegründende Zusammenhang	439
4. Vorteilsausgleichung und normativer Schaden	440
VII. Vorhaltekosten	440
1. Berücksichtigung von Vorhaltekosten	440
2. Bedenken	441
VIII. Mitwirkendes Verschulden des Geschädigten	441
1. Verantwortlichkeit des Geschädigten für Dritte	441
a) Kind und Eltern	441
b) Andere Wege zur Entlastung des Schädigers	442
c) Abwägung	442
d) Aufsichtspflichten	443
e) Konkurrenz von Vertrags- und Deliktsansprüchen	443
2. Bewahrungsgehilfen	443
3. Unnötige Mietwagenkosten	444
§ 34 Verwendungen auf fremde Sachen	445
I. Terminologie	445
1. Aufwendungen	445
2. Verwendungen	445
II. Arten der Verwendungen	446

III. Übersicht über die Rechtsfolgen aus Verwendungen	447
1. Inhalt des Verwendungsersatzes	448
2. Wegnahmerecht	448
IV. Grundlagen für Ansprüche auf Verwendungsersatz	449
1. Vertrag	449
2. Überbau	449
3. Verarbeitung	450
4. Geschäftsführung ohne Auftrag	450
5. Eigentümer-Besitzer-Verhältnis und Erbschaftsanspruch	450
V. Insbesondere die Kondiktion von Verwendungen	451
1. Arten der Bereicherungsansprüche	451
a) Leistungskondiktion	451
b) Verwendungskondiktion aus § 951 BGB	452
c) Verwendungskondiktion außerhalb von § 951 BGB	453
2. Das Problem der aufgedrängten Bereicherung	454
3. Begrenzung der Verwendungskondiktion	455
4. Abgrenzung der Aufwendungskondiktion	455
VI. Einzelfragen zum Wegnahmerecht	456
1. Gründe und Durchführung der Wegnahme	456
2. Wegnahmerechte und § 951 I 2 BGB	456
3. Wegnahmerecht des Nichtbesitzers?	456
§ 35 Der Rückgriff (Regress)	458
I. Übersicht	458
1. Rückgriffstechniken	458
a) Legalzession	458
b) Pflicht zur rechtsgeschäftlichen Abtretung	458
c) Besondere Rückgriffsansprüche	459
d) Kombinationsregresse	459
e) Allgemeine Rückgriffskondiktion	459
2. Rückgriffsgründe	459
a) Besondere Rückgriffsgründe	460
b) Allgemeine Rückgriffskondiktion	461
II. Einzelfragen zu § 426 BGB	461
1. Zweifel um den Anwendungsbereich von § 426 BGB	461
2. Lösungsvorschlag	462
3. Gleichheit des Schuldinhalts?	462
4. Ansprüche auf Veräußerungserlös und Schadensersatz	463
5. Gestörte Gesamtschuld	464
a) Lösung zulasten des privilegiert haftenden Schädigers	464
b) Andere Lösungsmöglichkeiten	465
c) Lösungsvorschlag	466
d) Ähnliche Problemlagen	466
III. Sonderfragen beim Rückgriff des Bürgen	467
1. Bürgschaft und Pfandrecht	467
2. Bürgschaft und Gesamtschuld	468
IV. Der Rückgriff nach Geschäftsführungs- und Bereicherungsrecht	469
1. Rückgriff aus besonderen Gründen	469
2. Abgrenzung zwischen Leistungs- und Rückgriffskondiktion	470
3. Voraussetzungen der Rückgriffskondiktion	471
4. Der „aufgedrängte“ Rückgriff	472
Gesetzesregister	475
Sachregister	487
Besonders wichtige Entscheidungen	503



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG